

Landesbeirat für das Kommunikationswesen

Manuskript zur Vorstellung des Tätigkeitsberichtes im Landtag, Juni 2022

Grazie Presidente,

ich danke dafür, dass ich im Hohen Haus die Tätigkeit des Landesbeirates für das Kommunikationswesen vorstellen darf.

Dieses Jahr mache ich dies mit besonderer Freude, denn der Kom.rat, so darf ich der Einfachheit halber der Kommunikationsbeirat nennen, der Kom.rat wurde dieses Jahr exakt 20 Jahre alt. Das Landesgesetz zu seiner Einsetzung stammt vom 18. März 2002. Das Jubiläum ist nach meiner Ansicht aber nicht so sehr ein Grund, zurückzublicken, denn man verfiere dabei allzu leicht der Versuchung, die Lorbeeren der Vergangenheit zu erwähnen, nein, das 20-jahr-jubiläum ist meines Erachtens ein Grund, in die Zukunft zu schauen. Gemeinsam mit den Politikern unseres Landes. Denn die Zukunft des Komrats wird vom Landtagspräsidium und von der Landesregierung mitbestimmt. Wesentlich.

Ich presche also gleich mit einem Appell vor, mit einem Appell, an die Spitze des Landtages und an die Spitze der Landesregierung, bei den derzeit im Gange befindlichen Verhandlungen in Rom über die zukünftigen Kompetenzen der regionalen Kom.räte ein Wörtchen mitzureden.

Zu lange wurden nämlich die bestehenden Kompetenzen einfach verlängert. Unverändert verlängert über viele Jahre. Und dies Obwohl sich die Medien- und Kommunikationslandschaft ständig und mit Tempo verändert.

Die Landtagspräsidenten (Sie Frau LT\_Präsidentin) können in der Conferenza dei presidenti delle assemblee legislative regionali mitreden. Denn Sie werden das Kompetenz-Abkommen zum Kom.rat mitunterzeichnen. Und auch der Landeshauptmann unterzeichnet das Abkommen zu den Kompetenzen des Kom.rats. Die Landeshauptleute können im Rahmen der Regionenkonferenz die zukünftigen Geschicke der Kom.räte mitbestimmen.

Eingreifen müssten die Spitzen von Landtag und Landesregierung **jetzt**, in diesen Tagen. Denn die Verhandlungen haben bereits begonnen.

Die Rede ist hier von den Kompetenzen, die **Rom** den Komräten überträgt.

Was die sogenannten **Eigenen** Befugnisse betrifft, also jene Befugnisse, die mittels Landes-Normen an den Komrat übertragen werden, so tat sich bereits nach der Diskussion hier im Landtag letzten Monat Einiges. Das Land ist im Begriff, dem Komrat nicht unbedeutende neue Agenden zu übertragen. Es geht im Wesentlichen um zusätzliche Kompetenzen im Zusammenhang mit dem Landesgesetz zur Kommunikation und Medienförderung.

20 Jahre alt sei dieses Landesfördergesetz für die Medien, hieß es mehrfach letzten Monat hier im Landtag. Das muss ich korrigieren, es stimmt nicht wirklich.

Das Landesgesetz Nr. 6 aus dem Jahr 2002, genau jenes Gesetz welches den Kom.rat konstituierte, beinhaltete anfangs noch so gut wie keine Medienförderung. (Nur der Bezug von Agentur-Nachrichten vonseiten der Privat-Radios wurde gefördert und im Einzelnen konnte das Land wertvolle Radio- oder TV-Sendungen bezuschussen)

Erst Ende 2013 wurde das Gesetz so umgeändert, dass es die Bezeichnung Medienförderungsgesetz verdiente. Radios, TV und Onlineportale wurden gefördert, wenn sie eine bestimmte Mindestanzahl von lokalen News produzierten und eine eigene Stamm-Mannschaft aufwiesen. Je nach Nutzerzahl und Jahres- Umsatz. erhielten sie mehr oder weniger Zuschuss.

Ab 2015 wurde statt des Umsatzes der Aufwand für die Herstellung förderwürdiger Inhalte berücksichtigt. Also Gehälter und Zahlungen an externe Produktionsfirmen und Agenturen.

Das Gesetz wie wir es heute kennen ist also erst Ende 2015 in Kraft getreten. Es ist erst ca 6 Jahre alt.

Der Staat fördert übrigens **auch** die Medien: Kommerzielles TV, Radios und Zeitungen Und das Spektrum jener deutschen und ladinischen Zeitungen, die der Staat fördert, ist seit kurzem erweitert worden. Es sind nun neben Dolomiten und Tageszeitung, die ff, die Südtiroler Wirtschaftszeitung, salto, und La usc.

**Radios** fördert der Staat auch, aber nur wenige. Keine 10 Südtiroler Radiosender scheinen in der Liste der Beiträgsempfänger des Staates auf, während das Land Südtirol etwa doppelt so viele Radiostationen finanziell unterstützt. Erstaunlicherweise auch solche Radios, bei denen kein einziger Journalist beschäftigt ist. Onlinezeitungen unterstützt der Staat meines Wissens in Südtirol nur salto.bz, während das Land Südtirol die stattliche Zahl von 17 Online-Zeitungen oder Online-Informations-Portale fördert.

Wer eine Förderung erhält, soll auch kontrolliert werden, hieß es vor Kurzem mehrfach in diesem Saal. Richtig. Finde ich auch.

Es wäre zu kontrollieren, ob die Medien wirklich so viel Personal für die Produktion lokaler Inhalte einsetzen wie im Beitragsgesuch angegeben.

Es wäre aber auch zu kontrollieren, ob die Radios und Onlinezeitungen genügend südtirolrelevante Berichte bringen. Nach Möglichkeit **selbst recherchierte** Berichte und Nachrichten.

Nun denken viele, der Kom.rat mache diese Kontrollen routinemäßig und lückenlos. Ist der KOM-rat etwa nicht eine Aufsichtsbehörde?

Ja, antworte ich, aber der Komrat ist nicht die Polizei. Er kontrolliert zwar. Aber ausschließlich auf Antrag seiner Auftraggeber. Und diese Auftraggeber sind zum einen der Staat und zum anderen das Land.

Der Staat sagt zum Komrat klar: kontrolliere bitte ein Drittel der Südtiroler TV-Sender für mindestens 7 Tage im Jahr. Und kontrolliere zusätzlich die Rai.

Und das macht der Komrat. Seit eh und je.

Vom **Land** hingegen hat der Komrat erst ein einziges Mal einen Kontroll-Auftrag erhalten. Das war im Mai des letzten Jahres. Also: erst letztes Jahr erging erstmals ein Überprüfungs-Auftrag an den Kom.rat: Das für die Medien-Förderungen zuständige Landesamt bat den Komrat, bei 1 TV Sender und bei 2 Radiosendern zu prüfen, ob genügend südtirolrelevante Inhalte gesendet werden.

Jetzt aber passiert etwas Eigenartiges. Sowie der Beirat die erste Kontrolle bei einem Radiosender macht, wird in diesem Saal die Mutmaßung geäußert, bei dieser Kontrolle sei es vielleicht nicht mit rechten Dingen zugegangen. Ich bin perplex. Allenthalben werden richtigerweise Kontrollen angemahnt, aber bei der allerersten Kontrolle, die durchgeführt wird, kommt die Kritik, sie könnte nicht korrekt gemacht worden sein.

Sie sehen also selbst, wie heikel Kontrolltätigkeiten sind. Wie heikel überhaupt das Thema Medienförderung ist.

Was der kOmrat aber **schon** macht, ist was anderes: Er weist das Land regelmäßig auf Fälle hin, die seines Erachtens zu kontrollieren wären. Ich will hier genau sein und die Landesregelung vorlesen:

In der Durchführungsverordnung zum Fördergesetz, heißt es: wörtlich: Um die ordnungsgemäße Verwendung der gewährten Beiträge zu prüfen, führt die zuständige Landesabteilung Stichprobenkontrollen bei mindestens zehn Prozent der Unternehmen durch, deren Anträge genehmigt wurden. Die Auswahl erfolgt nach dem Zufallsprinzip.

Kontrolliert wird zusätzlich in den Fällen, in denen es die Abteilung oder der Komrat für zweckmäßig erachten. Zitatende.

Jedes Jahr **seit 2016** hat der KOm.rat einen Brief an das Land gesendet mit einer kleinen Listen von Medien, die seines Erachtens kontrolliert werden sollten.

Ich glaube nicht, dass dies wirklich geschehen ist.

Also: die Initiative zur Kontrolle obliegt der zuständigen Landesabteilung, nicht dem Komrat.

Das hat vor Jahren schon das Ministerium für Wirtschaftsentwicklung erkannt, als es den Komräten die Annahme und eine erste Kontrolle von Beitragsgesuchen entzog. Somit wird es Gottseidank nicht mehr vorkommen, dass die Finanz-Polizei in meinem Büro erscheint, weil sich ein Antragsteller, wie sie mutmaßt, durch falsche Angaben

Beiträge erschlichen hat. Laut Polizei hätte ich das erkennen müssen. Ich kann jetzt nur hoffen, dass der Staatsanwalt dies nicht auch so sieht.

Eine andere, wichtige Kontrolle fällt mir ein: die richtigerweise von mehreren Seiten angemahnte Pflicht, bezahlte public-relation- artikel als solche kenntlich zu machen, sprich als bezahlte Stücke zu **kennzeichnen**. Im Gegensatz zu redaktionellen Beiträgen; also zu Beiträgen, die von der Redaktion unter dem journalistischen Kriterium der Objektivität und Neutralität verfasst werden.

Ok: Die Presse ist zur Kennzeichnung von PR-Artikeln verpflichtet. Dies zu kontrollieren obliegt nicht dem Kom.rat. Dieser kann aber sehr wohl intervenieren, wenn im **Fernsehen** oder im Radio die Kennzeichnung von fremdfinanzierten oder gesponserten Inhalten unterlassen wird.

Wir haben grade ein Sanktionierungsverfahren gegen einen TV-Sender laufen wegen einer Reihe von Sendungen, die nach Sponsoring aussehen.

(Schon früher wurde ein bekannter Südtiroler Radiosender sanktioniert, weil er sich die Frühnachrichten hatte sponsern lassen. Das geht nur überhaupt nicht.)

Ich hänge diese Überwachungstätigkeit des Kom.rat – genauso wie ein paar andere - nicht an die große Glocke, aber heute erwähne ich sie, weil hier mehrfach die Sorge geäußert wurde, dass mehr und mehr Artikel in den Printmedien nichts anderes als PR\_Artikel sind. Wenn dies im Rundfunk passiert, sorgt der komrat für eine Sanktion pekuniärer Natur.

In jüngster Zeit ist eine andere Unart aufgetreten: Aus der Hüfte geschossene Online-Umfragen zu hochpolitischen Themen. Ich habe inzwischen die Medien aufgefordert, solche hemdsärmelig lancierten Online-Umfragen mindestens mit dem Hinweis zu versehen, dass sie nicht repräsentativ sind, also keine getreue Abbildung der Meinungen der Bevölkerung darstellen.

Mit Meinungsumfragen haben Journalisten seriös umzugehen, sonst riskieren sie eine Sanktionierung.

Jetzt zum vieldiskutierten Thema öffentlicher Rundfunk. Auch dort darf versteckte Werbung oder eine nicht korrekt dargestellte Meinungsumfrage nicht vorkommen.

Aber das Thema, welches am meisten interessiert, scheint die Ausgewogenheit des öffentlichen Rundfunks zu sein. Und hier muss ich ein kleines Missverständnis ausräumen:

Der Komrat hat anlässlich der letzten Gemeinderatswahlen 14 Tage lang das Fernsehen der Rai monitoriert.

Dieses Monitoring ergab folgendes: Dass die Tagesschau der Rai im Herbst 2020 während der letzten zwei Wochen vor den Gemeindewahlen über 20 Parteien und Listen berichtete. Nicht so wenig! Es war bei ein- zwei Leuten fälschlicherweise der

Eindruck entstanden, die Tagesschau hätte nur über eine Handvoll Parteien berichtet. Deswegen wollte ich dies heute klarstellen.

Wir haben die Rai vor ganz kurzer Zeit erneut monitoriert. Anlässlich der Voksabstimmung vom vergangenen 29. Mai hat der kOmrat wieder die Rai-Nachrichten in allen drei Landessprachen monitoriert. Und zwar während der letzten 4 Wochen vor der Abstimmung.

Das Monitoring hatte den Zweck, rasch intervenieren zu können wenn es zu Beanstandungen der Ausgewogenheit in den Programmen gekommen wäre. Aber beim Komrat ging keinerlei Beanstandung ein.

Ein völliges Unikum ist das News-Magazin Südtirol heute, das der öffentlich-rechtliche Rundfunk Österreichs produziert., der ORF. Wer mit der journalistischen Arbeit der Südtirol-HEUTE Redakteure nicht zufrieden ist, muss sich an die Aufsichtsbehörden in Wien wenden, denn der Kom.rat ist für Südtirol HEUTE nicht zuständig. Die Redaktion hat in Innsbruck, ihren Sitz. Also außerhalb des italienischen Staatsgebietes.

In Wien kann man sich z. B. an den Publikumsrat des ORF und den Stiftungsrat wenden.

So einen Rat könnte man vielleicht auch bei uns einrichten. Ein Publikumsrat oder Rundfunkrat könnte etwa einige Aufgaben des Kom.rats übernehmen.

Doch was würde ein Rundfunkrat den Fraktionen im Landtag für einen Mehrwert bringen?

Der KOMrat hat im Laufe seiner 20-jährigen Geschichte Kontakte zur Schweiz und zu Bayern geknüpft, wo es - im Gegensatz zu Österreich - jeweils regionale bzw. kantonale Publikumsräte gibt. In ihnen hat m. E. das Publikum mehr zu sagen als die Politik, als die kleinen Parteien zumal.

Ich kenne das Beispiel des Bayerischen Rundfunkrates. Dort haben kleine Fraktionen sehr wenig Gewicht.

Die FDP z. B., die im Bayrischen Landtag zufällig ähnlich stark, ja, ein bisschen stärker vertreten ist als die zwei-personen-Fraktionen im Südtiroler Landtag.

Nun: im Bayrischen Rundfunkrat, der 50 Mitglieder hat. ist die FDP mit nur einem Mann vertreten.

**Ein** Landtagsabgeordneter der FDP sitzt im 50-köpfigen Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks BR.

Die große Mehrheit stellen vereine, verbände, Kirchen, Kultur usw.

Die Rechnung, dass ein Rundfunkrat für mehr Politik-Berichte im Fernsehen sorgen würde, geht meines Erachtens also nicht auf.

Wie aber kommt man als Politiker ins Fernsehen? In die Medien im Allgemeinen: Ganz einfach: Es muss für die Medien einen **Anlass** geben, um Parteiexponenten zu interviewen. Es können nicht immer alle im Fernsehen erscheinen.

Nehmen wir ein theoretisches Beispiel her: eine Person kandidiert für den Landtag und wird sogar gewählt. Wenn nun diese Person in der Folge keinerlei Lust hat politische Akzente im Landtag zu setzen, wenn sie einfach nix tut. Hat sie dann trotzdem Anspruch, in den Medien zu erscheinen?

JA. Wenn man die gesetzliche Pflicht zum Pluralismus der TV-Medien genau nimmt, muss auch **diese** Person im TV vorkommen. In Wahrheit ein völliger Unsinn, aber so wird der politische Pluralismus im TV berechnet. Rein mathematisch. Eine **qualitative** Erhebung der Präsenzen im TV wird derzeit nicht angewandt. Sie ist auch äußerst schwierig. **Sicher ist: Wenn Politiker etwas leisten, kommen sie garantiert ins Fernsehen.**

Nun zu einem Thema, das vielleicht weniger die Politik, aber vor allem die Bevölkerung interessiert.

Mit Neuigkeiten, die mich haben aufhorchen lassen. Die News ist, dass die Streitfälle zwischen den Telekom-anbietern und ihren Kunden deutlich zurückgehen. Es gibt nicht nur in Südtirol, sondern überall in Italien – anscheinend weniger oft einen Grund, wegen überhöhter Telefonrechnungen oder mangelhafter Leistungen von Tim, Wind, Vodafone und wie sie alle heißen zu klagen. Hatte der Kom.rat vor drei Jahren noch fast 1000 Streitfälle zu bearbeiten, so waren es voriges Jahr nurmehr etwa 600.

Das könnte bedeuten, dass Anbieter und Kunden seriöser geworden sind, was mich befriedigen würde,

Es könnte aber auch bedeuten, dass wir Kom-räte in den vergangenen Jahren so gut waren im außergerichtlichen Schlichten von Vertragsstreitigkeiten, dass wir die Telekom-Kunden so gut beraten haben, dass sie seltener in die Verkaufsmaschen der Anbieter tappen. Auch das würde mich befriedigen.

Annähernd 90 Prozent der Streitfälle lösen unsere Sachbearbeiter übrigens zur Zufriedenheit der Streitparteien. Die Anrufung von Gerichten wird somit in den allermeisten Fällen vermieden.

In den 20 Jahren seines Bestehens hat der komrat schon Zigtausend Familien und Unternehmen zufriedenstellen können mit seiner kostenlosen Schlichtung von Vertragsstreitigkeiten mit tim wind vodafone und den anderen.

Ein Dank gilt dabei den Bezirksgemeinschaften, die ich zur Mithilfe animieren konnte, damit die Telekom-Kunden nicht vom Reschen oder von Innichen zur Schlichtungsverhandlung nach Bozen fahren mussten. Inzwischen läuft alles über Telefon oder Videoschaltung.

Und weil ich schon beim Danken bin, füge ich auch den Dank an den Landtag hinzu, der den Komrat mit genügend Mitteln für seine Tätigkeit ausstattet. Auch für das Preisgeld danke ich, das vom Präsidium zur Verfügung gestellt wird für einen Preis, den der Komrat vor kurzem ausgelobt hat für Journalisten die gegen den Hass im Netz anschreiben. Bewertet werden journalistische Arbeiten, die spätestens innerhalb August veröffentlicht werden.

Den Anstoß zu diesem Journalistenpreis des Komrats gaben eigentlich Sie, meine Damen und Herren Abgeordnete. Durch ihren Beschlussantrag 394/21, mit dem sie aufgerufen hatten, etwas gegen den Hass im Netz zu unternehmen.

Was der Komrat in den letzten Monaten sonst noch auf die Beine gestellt hat, ist im Bericht zusammengefasst, den Sie in Händen haben. Dieser Bericht beschreibt die Tätigkeit bis einschließlich April dieses Jahres, er ist also aktuell. Ich brauche deshalb mündlich nichts hinzuzufügen. Deswegen schweige ich nun, und sage nur noch: Danke für Ihre Aufmerksamkeit.